

Reformvorschläge zum Übergang Schule – Berufsausbildung nur bedingt konsensfähig

Ergebnisse einer Expertenbefragung

► Angesichts der Probleme vieler Jugendlicher beim Übergang Schule – Berufsausbildung wird diskutiert, wie sich das Ausbildungssystem gegenüber den Jugendlichen stärker öffnen kann. Im Rahmen eines Expertenmonitors nahmen Ende 2010 rund 500 Fachleute zu verschiedenen Reformvorschlägen Stellung. Ihre Einschätzungen werden in diesem Beitrag vorgestellt. Demnach sind in Deutschland nur jene Konzepte konsensfähig, welche die bestehenden Zugangsregeln in die Berufsausbildung unberührt lassen. Reformen, die die betriebliche Entscheidungsautonomie bei der Lehrstellenbesetzung einschränken, haben somit kaum eine Realisierungschance. Breite Zustimmung finden dagegen Neuerungen des Übergangssystems und intensivierte Unterstützungsmaßnahmen für Betriebe und Jugendliche.



JULIA GEI

Mitarbeiterin im Arbeitsbereich
„Berufsbildungsangebot und -nachfrage,
Bildungsbeteiligung“ im BIBB



ANDREAS KREWERTH

Wiss. Mitarbeiter im Arbeitsbereich
„Berufsbildungsangebot und -nachfrage,
Bildungsbeteiligung“ im BIBB



JOACHIM GERD ULRICH

Dr. rer. pol., wiss. Mitarbeiter im Arbeitsbereich
„Berufsbildungsangebot und -nachfrage,
Bildungsbeteiligung“ im BIBB

Das Problem: Die Übergänge dauern zu lange

Wenn Jugendliche die Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen verlassen, sind sie normalerweise zwischen 16 und 17 Jahre alt. Das Alter der *nicht studienberechtigten* Ausbildungsanfänger/-innen beträgt dagegen im Schnitt 19,2 Jahre (vgl. UHLY 2010). Viele ausbildungsinteressierte Schulabgänger/-innen benötigen ein Jahr oder noch länger, bis sie mit einer voll qualifizierenden Berufsausbildung anfangen können. Ein Teil von ihnen reagiert auf die Übergangsprobleme mit Resignation und Ausbildungsverzicht (vgl. BEICHT/ULRICH 2008).

Aus Sorge um diese Jugendlichen, aber auch aus Sorge um die drohende Fachkräftelücke (vgl. HILGER/SEVERING 2008) wird zurzeit darüber diskutiert, wie die Eingliederung in das Berufsausbildungssystem – Soziologen sprechen von „Inklusion“ – durch eine Reform der Zugangsmechanismen effizienter gestaltet werden kann. Die besondere Herausforderung besteht darin, dass die Platzierung in das duale System – anders als z. B. der Eintritt in die Hochschulausbildung – eine „Marktinklusion“ darstellt, also weitgehend über das Verhältnis von Nachfrage und Angebot erfolgt (vgl. ESSER 2000, S. 233 ff.). Wenn die Nachfrage der Betriebe nach Auszubildenden deutlich niedriger als die Bewerberzahl ist – und dies war auch noch im Jahr 2010 der Fall –, bleiben viele Jugendliche aus dem dualen System ausgeschlossen.

Was sind mögliche Lösungsansätze?

Die diversen Vorschläge, die zurzeit zur Lösung dieses Problems diskutiert werden, lassen sich in drei grundlegenden Strategien zusammenfassen:

1. Die erste Strategie läuft auf eine Abschwächung bzw. Relativierung des Prinzips der marktgesteuerten Inklusion hinaus (vgl. NEß 2007, S.169). Die Entscheidungsautonomie der Betriebe, ob oder wen sie ausbilden, wird dabei eingeschränkt, und den Betrieben werden bestimmte

Vorgaben gemacht. Damit soll erreicht werden, dass die Betriebe insgesamt mehr ausbilden bzw. spezifische Zugangsbarrieren für benachteiligte Jugendliche (z. B. für Migrantinnen und Migranten) abgebaut werden.

- Die zweite Strategie lässt die *marktgesteuerte* Inklusion unberührt, möchte sie aber durch einen *regelgesteuerten* Inklusionsmechanismus („Regelinklusion“) ergänzen (zu den Begriffen vgl. Kasten). Konkret heißt dies: Ausbildungsinteressierte Jugendliche, die bestimmten Aufnahmebedingungen entsprechen – z. B. einen Schulabschluss mitbringen, als „ausbildungsreif“ eingestuft werden oder im einfachsten Fall nur die Schule beendet haben – erhalten auf jeden Fall ein Ausbildungsangebot, das zu einem Berufsabschluss führt. Hierfür werden nichtbetriebliche Ausbildungsformen genutzt bzw. neue Ausbildungsmodelle entwickelt (vgl. EULER 2010, S. 25).

Marktinklusion

Hier wird die Eingliederung von Jugendlichen in das Berufsausbildungssystem über einen Markt abgewickelt. Maßgeblich für den Inklusionserfolg ist somit das Verhältnis von Angebot und Nachfrage (hier: Jugendliche, die sich als Auszubildende anbieten, und Betriebe, die neue Auszubildende nachfragen).

Regelinklusion

Die Eingliederung von Jugendlichen in das Berufsausbildungssystem erfolgt nach vorgegebenen Aufnahmebedingungen. Entspricht der Jugendliche dieser Regel, kommt es zur Aufnahme. Die Inklusion ist somit nicht vom Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage abhängig bzw. davon, wie viele andere Jugendliche an einem Eintritt interessiert sind. (nach ESSER 2000, S. 233 ff.)

- Die dritte Strategie besteht darin, nicht nach neuen Inklusionsformen zu suchen, sondern unter Beibehaltung des marktgesteuerten Zugangs die Nachfrage der Wirtschaft nach Auszubildenden zu stimulieren (vgl. WERNER 2005, S. 64 ff.). Dazu müssen die „Angebote“ für die Betriebe attraktiver werden, und es müssen ihre Ausbildungskosten und -risiken gesenkt werden. Dies geschieht z. B. durch Maßnahmen, die auf eine höhere Eintrittsqualifikation bzw. passgenauere Vermittlung der Jugendlichen zielen, oder auch durch zusätzliche Unterstützung für Betriebe, die benachteiligte Jugendliche einstellen. Die Verbesserung der Eintrittsqualifikation der

Jugendlichen soll z. B. durch Reformen des Übergangssystems bzw. des allgemeinbildenden Schulsystems erreicht werden, eine passgenauere Vermittlung z. B. durch verbesserte Berufsorientierung, durch Einstiegsbegleiter und Monitoringsysteme.

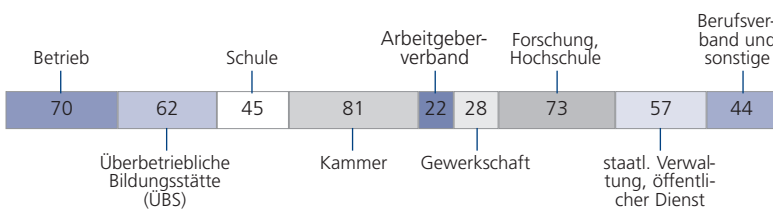
Eine Haltung, die mitunter auch beobachtet und kritisch erwähnt wird (vgl. HILGER/SEVERING 2008, S. 94), lautet schlicht und einfach: Abwarten. Angesichts der demografischen Entwicklung wird darauf gesetzt, dass sich die Marktstellung der Jugendlichen und damit auch ihre Ausbildungschancen zwangsläufig verbessern werden. Der Vorteil dieser Strategie mag darin bestehen, dass auf riskante – da in ihren Aus- und Nebenwirkungen nie genau abschätzbare – systemische Eingriffe verzichtet werden kann. Zudem wird ein aufreibender politischer Abstimmungsprozess vermieden, der umso eher droht, je stärker die Reformen mit systemischen Veränderungen verbunden sind. Denn am Übergang sind viele Bildungsbereiche (allgemeinbildende Schulen, Übergangssystem mit schulischen Bildungsgängen und Maßnahmen, duales System) beteiligt, und diese werden wiederum von einer Vielzahl von Akteuren mit z. T. je eigenen Sichtweisen und Interessen gesteuert (vgl. BAETHGE 2006). Die zuletzt verbesserte Ausbildungsmarktlage und die sinkenden Einmündungszahlen in das Übergangssystem scheinen dem Attentismus (Strategie des Abwartens) sogar Auftrieb zu geben. Kritikerinnen und Kritiker sehen in ihm aber die Ursache für einen Reformstau, unter dem vor allem die Jugendlichen zu leiden hätten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche der diskutierten Reformvorschläge nicht nur vielversprechend, sondern auch weitgehend konsensfähig sind und somit eine realistische Chance auf zügige Umsetzung haben. Hierzu nahmen Ende 2010 im Rahmen des „Expertenmonitors Berufliche Bildung“ 482 Fachleute Stellung. Die Untersuchung fand in Kooperation mit dem Projekt „Übergänge mit System“ der Bertelsmann-Stiftung statt (vgl. ausführlich Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung 2011).¹

Experten nehmen Stellung

Beim BIBB-Expertenmonitor handelt es sich um ein internetgestütztes Befragungssystem, mit dem Fachleute in unregelmäßigen Abständen zu bildungspolitischen Themen befragt werden (www.expertenmonitor.de). Ende 2010 wurden sie zunächst um eine grundlegende Einschätzung zur aktuellen Lage beim „Übergang Schule – Beruf“ gebeten. Anschließend sollten sie angeben, wie für wünschenswert sie verschiedene Reformvorschläge erachten und ob sie mit

Abbildung Herkunft der 482 Teilnehmer/-innen am Expertenmonitor 2010



Quelle: Expertenmonitor 2010

¹ Von der Bertelsmann Stiftung waren CHRISTINE GOVERNEUR und CLEMENS WIELAND beteiligt.

einer Umsetzung bis zum Jahr 2015 rechnen. Bei den Vorschlägen handelte es sich um Konkretisierungen der oben skizzierten drei alternativen Lösungsstrategien (vgl. Tab.).

Als Fachleute werden im Expertenmonitor all jene Personen definiert, die professionell in unterschiedlichen Kontexten mit beruflicher Ausbildung zu tun haben, sei es, dass sie an der Systemsteuerung mitwirken, die Ausbildung selbst durchführen oder aber zu diesen Aspekten lehren und forschen (vgl. Abb.). Die breite Streuung der institutionellen Herkunft dient dazu, die angedachten Reformen möglichst differenziert aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Sie lässt aber auch von vornherein erwarten, dass die Fachleute keineswegs immer einheitlich auf die Vorschläge reagieren. Zwar orientieren sie sich bei ihren Überlegungen, Reformen als mehr oder weniger wünschenswert zu deklarieren, allesamt am vermuteten Nutzen dieser Reformen (vgl. ESSER 1999, S. 247 ff.). Doch geht es dabei nicht allein um den Nutzen für die *Jugendlichen* und die Frage, ob diesen durch die Neuerungen tatsächlich geholfen würde. Vielmehr spielen auch eigene Interessen und die Folgen eine Rolle, die die Reformen für die eigene Seite hätten.

In der Tabelle wird nun zum einen wiedergegeben, welche konkreten Reformvorschläge im Rahmen des Expertenmonitors zur Diskussion gestellt wurden, und zum anderen, wie hoch die Anteile der Fachleute in den jeweiligen Teilgruppen waren, die diese Vorschläge befürworteten („eher“ oder „sehr wünschenswert“). Die Reaktionen der Fachleute lassen sich relativ eindeutig systematisieren.

Wo sich die Fachleute uneinig sind

Keine einhellige und z. T. auch nur sehr mäßige Zustimmung finden Vorschläge, das Prinzip der Marktinklusio zu relativieren (Strategie 1) bzw. durch das Prinzip der Regelselektion zu ergänzen (Strategie 2). Dies heißt: Ideen, Betriebe auf anonymisierte Bewerbungsverfahren (Vorschlag 1.1 in Tabelle) oder auf Quotenregelungen zugunsten bestimmter Bewerbergruppen zu verpflichten (1.2), werden in fast allen Expertengruppen nur verhalten aufgenommen. Vorschläge, Jugendlichen über verlängerte Ausbildungszeiten (1.3), über individuelle Qualifizierungsangebote (1.4) oder notfalls über nichtbetriebliche Ausbildungsformen (2.1 und 2.2) garantierte Zugangswege in Berufsausbildung zu ebnet, stoßen zwar insgesamt häufiger auf Zustimmung, sind aber nicht in *allen* Gruppen mehrheitsfähig.

Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die Fachleute aus der Wirtschaft (Arbeitgeber, Kammern) diese Ideen zumeist ablehnen, darunter auch den Vorschlag, den Hauptschulabschluss mit „Ausbildungsreife“ gleichzusetzen (2.3). Die Gewerkschafter/-innen, die sich als Interessenvertre-

Tabelle **Befürwortung von Reformvorschlägen zur Förderung der Inklusion aus Sicht von Experten** (Angaben in %)*

		Alle Experten	Betrieb	ÜBS	Schule	Kammer	Arbeitgeberverband	Gewerkschaft	Forschung, Hochschule	öffentliche Verwaltung	Sonstige
1. Relativierung des Prinzips der „Marktinklusio“											
1.1	Größere Betriebe sind gesetzlich verpflichtet, eingehende Bewerbungen zu anonymisieren. So wird eine Ausgrenzung von Bewerbern aufgrund ihrer Herkunft verhindert.	35	21	31	36	20	11	54	47	47	49
1.2	Betriebe sind gesetzlich verpflichtet, einen bestimmten Anteil ihrer Ausbildungsplätze an hier lebende Jugendliche mit Migrationshintergrund zu vergeben.	21	11	26	33	10	5	36	30	14	28
1.3	Ausbildungsinteressierte, aber nicht -reife Schulabgänger erhalten direkt einen voll qualifizierenden Ausbildungsplatz. Durch längere Ausbildung/stärkere Betreuung wird erreicht, dass die Jugendlichen die Ausbildung absolvieren können.	58	50	66	49	36	24	85	79	61	68
1.4	Für alle nicht ausbildungsreifen Jugendlichen gibt es individuell zugeschnittene Angebote, mit welchen sie zur Ausbildungsreife geführt werden. Sie bekommen hierbei die Zusage, anschließend direkt einen Ausbildungsplatz zu erhalten.	68	61	79	76	51	32	85	77	69	75
2. Ergänzung der „Marktinklusio“ durch „Regelinklusio“											
2.1	Jeder ausbildungsreife und -interessierte Jugendliche, der keinen betrieblichen Ausbildungsplatz findet, hat einen Rechtsanspruch auf einen voll qualifizierenden Platz in einer Schule oder einer außerbetrieblichen Einrichtung.	55	48	73	64	34	10	63	73	53	62
2.2	Jeder Ausbildungsberuf setzt sich aus einer überschaubaren Zahl von Ausbildungsbausteinen zusammen. Egal, wo Jugendliche diese absolvieren (Betrieb, Schule, Übergangssystem), erhalten sie hierfür ein Zertifikat. Wenn sie alle Bausteine absolviert haben, können sie sich zur Abschlussprüfung anmelden.	49	51	44	44	29	29	22	65	71	64
2.3	Jedem Jugendlichen mit mindestens einem Hauptschulabschluss wird automatisch die Ausbildungsreife zuerkannt.	54	49	57	57	34	27	78	65	54	68
3. Reformen, die die Dominanz der „Marktinklusio“ nicht berühren											
3.1	Bei Jugendlichen aus Hauptschulen o. Ä. wird in Klasse 7 überprüft, inwiefern mit Übergangsproblemen zu rechnen ist. Gefährdete Jugendliche erhalten einen festen Begleiter bis zur sicheren Einmündung in die Ausbildung.	92	84	94	93	91	96	96	92	95	93
3.2	Das Fach „Berufsorientierung“ ist in allen allgemeinbildenden Schulen ein Pflichtfach, das von allen Schülern über mehrere Jahre besucht wird.	84	81	95	84	91	86	89	77	70	84
3.3	In jeder Region wird der Übergang Schule – Beruf von einer Stelle in kommunaler Trägerschaft koordiniert. Sie bündelt die Aktivitäten der Akteure vor Ort mit dem Ziel, jedem Jugendlichen eine passgenaue Vermittlung und Begleitung in Ausbildung und Beschäftigung zu sichern.	69	52	68	78	58	62	85	82	66	84
3.4	Die Transparenz im Übergangssystem ist hergestellt: Statt zahlloser Programme gibt es nur noch wenige Grundtypen von Maßnahmen und Bildungsgängen.	85	77	79	87	90	91	93	86	88	84
3.5	Grundsätzlich sind alle Bildungsgänge im Übergangssystem so gestaltet, dass betriebliche Praxisphasen im Vordergrund stehen.	91	83	95	91	95	96	85	90	91	91
3.6	Alle Maßnahmen/Bildungsgänge im Übergangssystem sind so gestaltet, dass sie den Erwerb eines ersten oder höherwertigen Schulabschlusses ermöglichen.	80	78	79	84	73	59	93	85	74	96
3.7	Jeder Betrieb kann auf einen persönlichen Ansprechpartner zurückgreifen, der in schwierigen Ausbildungssituationen Unterstützung leistet.	85	76	89	89	83	86	73	89	93	82
3.8	Betriebe erhalten bei Auszubildenden mit Migrationshintergrund bei Bedarf Unterstützung durch einen Ansprechpartner mit entsprechendem Hintergrund.	79	68	74	91	76	82	86	82	84	77

* Wiedergegeben in % werden die jeweiligen Anteile der Reformbefürworter/-innen

Quelle: Expertenmonitor 2010



Elisabeth M. Krekel, Tilly Lex (Hrsg.)

Neue Jugend, neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung

Der Prozess der sozialen und beruflichen Integration in der Phase des Übergangs von Schule in Ausbildung ist eines der zentralen Themen der Jugend- und Bildungsforschung. Tief greifende wirtschaftliche Veränderungen sowie der sich abzeichnende Fachkräftemangel werfen ganz neue Fragestellungen auf: Wie gut sind die Jugendlichen auf die neuen Herausforderungen vorbereitet? Wie gelingt ihnen der Einstieg in die Berufsausbildung? Aber auch: Wie können sich Unternehmen auf den zu erwartenden Wettbewerb um Auszubildende vorbereiten? Der Sammelband versteht sich als Beitrag zu einer stärkeren Verbindung von Jugend- und Bildungsforschung. Die Schnittstelle von Schule und Berufsausbildung ist von elementarer Bedeutung für die Lebens- und Berufsplanung der Jugendlichen, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

BiBB 2011, ISBN 978-3-7639-1140-0
286 Seiten, 28,90 EUR

Sie erhalten diese
Veröffentlichung beim:
W. Bertelsmann Verlag
Postfach 10 06 33
33506 Bielefeld
Telefon: (0521) 911 01-11
Telefax: (0521) 911 01-19
E-Mail: service@wbv.de

BiBB

tion der Jugendlichen verstehen, begrüßen dagegen i. d. R. all diese Vorschläge. Einig mit den Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern zeigen sie sich allein in der Ablehnung eines *modularisierten* Wegs zum Berufsabschluss (2.2) und einer rechtlichen Verpflichtung für Betriebe, eine bestimmte Quote ihrer Ausbildungsplätze an Migrantinnen und Migranten (1.2) zu vergeben.

Die starke Stellung der Arbeitgeber bei der politischen Entscheidungsfindung (vgl. BAETHGE 2006) dürfte einer der Gründe dafür sein, dass die Fachleute Vorschlägen, die auf eine Veränderung der bestehenden Inklusionsmechanismen hinauslaufen, nur selten die Chance einräumen, auch umgesetzt zu werden (auf eine tabellarische Darstellung verzichten wir an dieser Stelle; vgl. hierzu Autorengruppe BiBB/Bertelsmann Stiftung 2011). Am häufigsten wird noch erwartet, dass der Hauptschulabschluss als Ausbildungsreifezeugnis institutionelle Anerkennung findet (so wie das Abitur als Hochschulreifezeugnis), aber dass dies bis 2015 geschieht, glaubt auch nur ein Viertel aller Expertinnen und Experten.

Wo sich die Fachleute weitgehend einig sind

Eine andere Bewertung erfahren Reformvorschläge, durch die die Dominanz der Marktinklusio n unberührt bleibt (Strategie 3; vgl. Tab.). Hierzu zählen jene Vorschläge, die darauf zielen, durch weitere Unterstützungsangebote für Jugendliche und Betriebe den Nutzen der Ausbildung zu erhöhen, die Risiken und Kosten zu senken, die Nachfrage der Wirtschaft nach Auszubildenden auf diesem Wege zu stimulieren und somit mehr Jugendlichen den Zugang in die Berufsausbildung zu eröffnen. Diese Ideen sind allesamt mehrheitsfähig – selbst dann, wenn sie Reformen in den allgemeinbildenden Schulen (3.2) und vor allem des Übergangssystems (3.4 bis 3.6) erforderlich machen. Sie finden auch bei den Fachleuten aus der Wirtschaft überwiegende Zustimmung. Folglich stufen die Expertinnen und Experten auch die Umsetzungswahrscheinlichkeiten hierfür grundsätzlich höher ein als für die umstrittenen Vorschläge. Die Unterstützungsangebote für Jugendliche und Betriebe wurden auch bereits partiell im Rahmen von BMBF-Programmen und Gesetzesänderungen umgesetzt. Zu nennen ist z. B. die Erprobung einer individuellen Berufseinstiegsbegleitung (§ 421s SGB III) und die Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ des BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“ sowie die im September 2010 gestartete Bildungsketten-Initiative des BMBF (vgl. Interview mit PETER THIELE in diesem Heft).

Dass eine *umfassende* und *flächendeckende* Einführung der Unterstützungsangebote bereits bis 2015 Realität wird, glaubt dennoch im Schnitt gerade einmal ein Drittel aller Fachleute. Als Hemmschuh werden weniger der fehlende politische Wille oder die Partikularinteressen der Sozialpartner empfunden. Vielmehr wird das Problem im Kostendruck verortet, der mit einer breiten Umsetzung der Unterstützungsangebote auf die öffentliche Hand zukäme. Für die Einführung eines Fachs „Berufsorientierung“ in den allgemeinbildenden Fächerkanon (3.2) und die Stärkung der Praxisanteile im Übergangssystem (3.5) gilt das Kostenargument aus Sicht der Expertinnen und Experten in einem geringeren Ausmaß. Somit äußern sie sich hier auch optimistischer. Dies gilt insbesondere für die Verankerung von betrieblichen Praxisphasen in allen Bildungsgängen des Übergangssystems. Dass eine stärkere Dualisierung des Übergangssystems (Verankerung von betrieblichen Praxisphasen) bereits bis 2015 Realität wird, halten immerhin 57 Prozent der Fachleute für wahrscheinlich. Dagegen dürfte die Reduktion der Bildungsgänge des Übergangssystems auf wenige Grundtypen (3.4) aus ihrer Sicht längere Zeit in Anspruch nehmen; von einer rascheren Realisierung bis 2015 ist nur ein Viertel überzeugt. Hier spielen die schwierigen Abstimmungsprozesse eine wesentliche Rolle, zumal die Zuständigkeit für die meisten Bildungsgänge des Übergangssystems bei den 16 Ländern liegt.

Fazit: Reformen nur unter Bewahrung des marktförmigen Ausbildungszugangs

Das Fazit des Expertenmonitors ist zweigeteilt:

Wenn es um grundlegende institutionelle Änderungen beim Zugang in duale Berufsausbildung geht, welche die Autonomie und dominierende Stellung der Betriebe bei der Bewerberauswahl einschränken, werden Reformbestrebungen aus Sicht der Fachleute ins Leere laufen. Reformvorschläge haben demnach nur dann eine Chance, wenn sie die vorherrschenden marktbestimmten Inklusionsmechanismen *nicht* antasten. Da grundlegende Änderungen des Übergangssystems oder eine Neuausrichtung der Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen das Prinzip der Marktinklusio n nicht berühren und sich vielleicht sogar kostenmindernd und nutzensteigernd auf die Durchführung der betrieblichen Berufsausbildung auswirken, wird ihnen auch eine höhere Realisierungschance eingeräumt. Allerdings glauben die meisten Fachleute, dass die Umsetzung Zeit brauchen wird und 2015 als Zieljahr zu früh sein könnte. ■

Literatur

- AUTORENGRUPPE BIBB/BERTELSMANN STIFTUNG: *Reform des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung (Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Nr. 122)*. Bonn 2011 – URL: www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6613
- BAETHGE, M.: *Staatliche Berufsbildungspolitik in einem korporatistischen System*. In: Weingart, Peter;
- TAUBERT, Niels C. (Hrsg.): *Das Wissensministerium*. Weilerswist 2006, S. 435–469
- BEICHT, U.; ULRICH, J. G.: *Welche Jugendlichen bleiben ohne Berufsausbildung?* In: BIBB REPORT, 6/2008
- ESSER, H.: *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 1: Situationslogik und Handeln*. Frankfurt, New York 1999
- ESSER, H.: *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft*. Frankfurt, New York 2000
- EULER, D.: *Einfluss der demografischen Entwicklung auf das Übergangssystem und den Berufsausbildungsmarkt*. Gütersloh 2010
- HILGER, A.; SEVERING, E.: *Berufsausbildung in Deutschland – Zu wenige Fachkräfte für die Wirtschaft und zu viele Jugendliche im Übergangssystem*. In: MÜNK, D.; RÜTZEL, J.; SCHMIDT, C. (Hrsg.): *Labyrinth Übergangssystem*. Bonn 2008, S. 93–103
- NEß, H.: *Generation abgeschoben. Warteschleifen und Endlosschleifen zwischen Bildung und Beschäftigung*. Bielefeld 2007
- UHLY, A.: *Sonderauswertungen der Berufsbildungsstatistik 2009 zum Alter der Ausbildungsanfänger*. Bonn 2010
- WERNER, D.: *Ausbildung zwischen Strukturwandel und Investitionskalkül*. In: BIBB (Hrsg.): *Der Ausbildungsmarkt und seine Einflussfaktoren*. Bonn 2005, S. 53–70

Anzeige

Leiter (m/w) Programmkomponente Reform der beruflichen Aus- und Fortbildung - Äthiopien, Addis Abeba

Das Tätigkeitsfeld / Die äthiopische Regierung hat große Ziele, vor allem für die junge Generation, deren Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten verbessert werden sollen. Seit November 2005 läuft das nationale Reformprogramm „Engineering Capacity Building Program (ecbp)“, ein äthiopisches Programm zur industriellen Entwicklung des Landes, das bereits beeindruckende Ergebnisse erzielt hat. Das ecbp ist das größte und ambitionierteste Wirtschaftsreformprogramm, welches von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt wird.

Ihre Aufgaben / Sie sind für die Leitung der Komponente „Reform der beruflichen Aus- und Fortbildung“ verantwortlich, d.h. Sie übernehmen die Leitung des GIZ-Beitrags zur Umsetzung der äthiopischen Berufsbildungsstrategie und des Berufsbildungsgesetzes einschließlich der Stärkung von föderalen sowie dezentralisierten autonomen Berufsbildungsinstitutionen. Dies beinhaltet u.a. folgende Tätigkeitsfelder: Inhaltliche Ausgestaltung der Berufsbildungsreform mit allen relevanten Elementen formaler und non-formaler Berufsbildung unter der Beteiligung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen; Weiterentwicklung des äthiopischen beruflichen Qualifikationsrahmens; Fortführung der Neuentwicklung aller Berufsbildungsstandards und kompetenzorientierter Lehrpläne; Ausweitung der dualen Berufsausbildung auf alle Berufsfelder; Komplettierung des neuen kompetenzorientierten Berufsabschlussprüfungssystems; Modernisierung von Unterrichtshilfen nach neuester fachdidaktischer Methodik.

Ihre Bewerbung / Bitte bewerben Sie sich über unseren Online-Stellenmarkt unter www.giz.de. Geben Sie unter „Stellenmarkt“, „Stellenmarkt GTZ“, „Berufserfahrene und Berufseinsteiger“, die **Job-ID 6510** ein. Hier finden Sie auch weitere Informationen zu der Stelle.

Mein Arbeitsplatz ist die Welt. Ich geh` zur GIZ.



giz Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH